
Ärztliches Handeln in zwei Diktaturen – Bilanz und Forschungsperspektiven der Untersuchungen zur ostdeutschen Ärzteschaft

Die Mehrzahl der deutschen Ärzte hatte sich bis spätestens Mitte der 1930er Jahre mit der NSDAP arrangiert. Die Partei Hitlers erfuhr nicht nur eine große Akzeptanz unter den Mediziner; ein nicht geringer Teil von ihnen beschädigte durch seine aktive Mitwirkung an „Euthanasie“- und KZ-Verbrechen auch die ärztliche Berufsethik nachhaltig.

In der SBZ/DDR hingegen hielten die meisten Mediziner offenbar lange Zeit Distanz zur Staatspartei und ihrem Herrschaftssystem. Hier schien es über das systematisch betriebene Doping im Spitzensport hinaus auch keinen politisch motivierten Missbrauch der Medizin und Pflichtverletzungen von Ärzten gegenüber ihren Patienten gegeben zu haben. Da aber gerade diese These gegenwärtig nicht als gesichertes Wissen und allseits akzeptiert bezeichnet werden kann, sind auch die Unterschiede im Verhalten der Ärzteschaft in beiden deutschen Diktaturen noch nicht angemessen zu erklären.

Bei allen Verschiedenheiten in den Beziehungsgefügen von herrschender Partei, Staat und Profession sowie in den damit verbundenen Anforderungen an die deutschen Mediziner und die jeweilige Gesundheitspolitik gibt es aber auch Gemeinsamkeiten. Gemeinsames Merkmal beider Diktaturen war, dass – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit nicht unbedingt identischen Motiven und Konsequenzen – Mediziner politisch kontrolliert und auch verfolgt wurden. Die Spannweite der Reaktionen von Ärzten reichte in beiden Diktaturen von Widerstand und Flucht über Resistenz bis hin zu Anpassung, Unterwerfung und sogar Mittäterschaft. Daraus resultiert ein differenziertes Bild der jeweiligen Ärzteschaft. Allerdings hielten aber gerade Mediziner in beruflicher und sozialer Hinsicht über die Umbrüche von 1933 und 1945 hinweg weitgehend an ihrem tradierten konservativen Standesbewusstsein fest.

Das Anliegen des Workshops, den das Hannah-Arendt-Institut vom 10. bis 12. Februar 2005 in der Evangelischen Akademie Meißen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ärzteblatt und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltete, bestand in erster Linie darin, die neuesten Forschungsergebnisse zur ostdeutschen Ärzteschaft in beiden deutschen Diktaturen vorzustellen. Darüber hinaus galt es, Desiderata der Thematik zu diskutieren und Forschungsperspektiven mit Blick auf die vorhandenen Quellen und auf eine

mögliche Präzisierung des oben angedeuteten Vergleichs von ärztlichem Handeln zu erschließen.

Einleitend referierte der Historiker Uwe Kaminsky (Berlin/Düsseldorf) über eugenische Prägungen deutscher Ärzte 1920 bis 1960. Er beschrieb in seinem Vortrag die Durchsetzung der Eugenik in der Medizin, um schließlich am Beispiel von ostdeutschen Ärzten wie Ewald Meltzer und Hans Harmsen die Durchsetzung des „eugenischen Blicks“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu illustrieren. Dabei streifte er die NS-Zeit als rassenhygienisch formierende Phase ärztlicher Ausbildung nur kurz, um sich den Wirkungen der Eugenik in die Nachkriegszeit in Deutschland zuzuwenden. Zusammenfassend bemerkte er, dass ein Weiterwirken eugenischer Weltsicht in der deutschen Ärzteschaft angesichts der Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht verwundere. Nur sei dieses Weiterwirken in andere politische Kontexte eingebunden gewesen als im nationalsozialistischen Staat.

Anschließend stellte der Mediziner Thomas Grieser in einer Kurzzusammenfassung seine medizinhistorische Dissertation zu jüdischen Ärzten in Thüringen während des Nationalsozialismus vor. Jüdische Ärzte nahmen nach seinen Angaben einen Anteil von 7 % unter allen Ärzten Thüringens ein. Der Prozentsatz lag damit sichtbar unter dem des gesamten Deutschen Reiches (13 %). Der Referent machte deutlich, dass mit der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 30. September 1938 die Approbationen aller jüdischen Ärzte ausnahmslos erloschen waren. Die damit vollzogene berufliche Existenzvernichtung stelle seiner Meinung nach jedoch den Schlusspunkt einer schon 1933 einsetzenden demütigenden Vertreibung der Ärzte aus ihrem Berufsstand dar. In den beiden letzten Kriegsjahren habe es auf thüringischem Boden schließlich keine jüdischen Ärzte mehr gegeben. Die NSDAP konnte sich auch in Thüringen ganz offensichtlich auf eine passive und dem Schicksal ihrer jüdischen Standeskollegen gleichgültig gegenüberstehende Ärzteschaft stützen.

Während im Vortrag von Thomas Grieser Ärzte als Opfer nationalsozialistischer Herrschaft im Mittelpunkt standen, beschäftigten sich die folgenden Referenten in erster Linie mit Medizinern als Täter. Unter dem Titel „Den Gashahn aufdrehen war keine große Sache“ stellte Boris Böhm, der Leiter der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, Lebenswege und berufsethische Ansichten von „Euthanasie“-Ärzten der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein vor. Im Oktober 1939 hat Adolf Hitler ein formloses Schreiben unterzeichnet, indem er die Ermordung „unheilbar Kranker“ anwies. Die daraufhin etablierte „Organisation T 4“ zur Durchführung der Krankenmorde befasste sich in den Jahren 1940/41 mit der Einrichtung von sechs „Euthanasie“-Anstalten im Deutschen Reich, darunter im sächsischen Pirna-Sonnenstein. Der Vortragende verwies vor diesem Hintergrund auf die unmittelbar an der Mordaktion auf Sonnenstein beteiligten Ärzte. So sei der einstige Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Paul Nitsche schon 1939 als beratender Psychiater der sächsischen Landesregierung aufgefordert worden, Vorkehrungen zu treffen, um im Kriegsfall Geistesranke durch „Be-

ruhigungsmittel“ zu töten. Seit Mai 1940 habe er schließlich als Obergutachter die Vergasung Tausender angeordnet. Leiter der Mordaktion auf dem Sonnenstein sei der Anstaltsdirektor Horst Schumann gewesen. Als Mordärzte haben nach Aussagen von Boris Böhm hier ferner Schmalenbach, Endruweit und Borm gewirkt. Borm beispielsweise, damals 31 Jahre alt, williger Erfüllungsgelhilfe im Mordprogramm, konnten aufgrund von Listen 6 652 Opfer nachgewiesen werden, die er persönlich als stellvertretender Anstaltsleiter nach kurzer „Blick“-Untersuchung in die Gaskammer geschickt habe.

Im darauf folgenden Referat ging die Historikerin Anette Weinke aus Berlin auf Karrieren ehemaliger „Euthanasie“-Ärzte und Sterilisationsexperten in der SBZ/DDR näher ein. Untersuchungsziel einer ihrer laufenden Arbeiten war, am Beispiel der Provinz Brandenburg das Vorgehen gegenüber NS-Tätern aus dem Medizinbereich, dessen Wahrnehmungsweisen und Spielräume unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsherrschaft auszuloten. Gleichzeitig sollte unter der Fragestellung „Kontinuitäten und Brüche“ geprüft werden, inwieweit die Betroffenen ähnlich wie im Westen versucht haben, administrative Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. In diesem Kontext fragte Anette Weinke danach, ob diese Ärzte u. a. traditionelle bürgerliche Netzwerke in Anspruch genommen oder sich ihrer Verbindungen zu den neuen „antifaschistischen“ Eliten bedient haben. Im Vortrag wurde dieser Forschungsansatz am Beispiel des früheren Gördeners Anstaltsleiters Hans Heinze verdeutlicht. Der Fall steht nicht zuletzt deshalb im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, weil Heinze einer der wenigen hochrangigen „Euthanasie“-Ärzte gewesen ist, gegen die nach dem Einmarsch der Roten Armee in Brandenburg mit zeitlicher Verzögerung ein Verfahren vor einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) stattgefunden hat. Die Referentin konnte anhand neuer Quellen nachweisen, dass „Euthanasie“-Verbrechen und Beteiligung an Zwangssterilisationen tatsächlich entscheidende Faktoren für das SMT-Verfahren gewesen sind. Anette Weinke zufolge ließen sich die sowjetischen Sicherheits- und Justizorgane sowohl bei der Inhaftierung als auch bei der späteren gerichtlichen Aburteilung Heinzes in hohem Maße von dem Urteil im „Hadamard Murder Factory trial“, gefällt am 15. Oktober 1945 von einer US-amerikanischen Militärkommission in Wiesbaden, leiten.

Der Berliner Historiker Andreas Malycha stellte in seinem Vortrag die Reintegration von politisch belasteten Hochschulprofessoren in die Medizinische Fakultät der Universität Berlin in der SBZ/DDR in den Mittelpunkt. Seiner Meinung nach musste das Eintreten der 1945 weiter amtierenden Ordinarien für die Repräsentanten traditioneller Autoritätsstrukturen zwangsläufig mit den personalpolitischen Absichten der neuen politischen Administration kollidieren, die ihrerseits vor dem Hintergrund neuer hochpolitischer Konzepte an einem schnellen Personalaustausch interessiert gewesen sei. Dennoch bemühten sich beide Seiten zwangsläufig um die Reintegration von politischen Hochschullehrern in den Forschungs- und Lehrbetrieb. Der durch Entnazifizierung, Abwanderungen und Rücktritte entstandene Personalverlust habe seit 1947/48 die Reintegration politisch belasteter Hochschullehrer außerordentlich forciert. Damit

erscheine die personelle Säuberung an der medizinischen Fakultät der Berliner Universität in der unmittelbaren Nachkriegszeit – so Andreas Malycha – weniger als personeller Bruch denn als zeitweilige Unterbrechung. Vergleiche man den politisch motivierten Personalaustausch in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem für die Zeit nach 1933, so dürfe der politisch begründete Personalverlust der Jahre 1945 und 1946 in der Medizin quantitativ deutlich unter den politisch und rassistisch begründeten Entlassungen in der ersten Phase der NS-Herrschaft gelegen haben. Dies hänge mit den unterschiedlichen personellen Voraussetzungen der Jahre 1933 und 1945 zusammen. Während die Stellen der entlassenen jüdischen oder politisch missliebigen Wissenschaftler nach 1933 von den zahlreichen Privatdozenten sofort haben besetzt werden können, habe in der sowjetischen Besatzungszone ein personeller Ersatz nicht bereit gestanden. So betrachtet hätten die Chancen für einen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR durchaus politisch gewollten Elitenaustausch mittelfristig relativ schlecht gestanden.

Da (noch) keine Untersuchungen zum ärztlichen Handeln in der DDR der 1960er bis 1980er Jahre existieren, wurde auf die kürzlich erschienene Biografie Renate Baumgartens „Not macht erfinderisch“ zurückgegriffen. Die Ärztin berichtete deshalb in Meißen persönlich und lebensnah von ihren beruflichen Erfahrungen in der DDR. Im Anschluss daran stellte Francesca Weil (Dresden) einige Resultate ihrer Interviews mit ehemaligen IM vor. Neben der Auswertung von Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR basieren die Ergebnisse des am Hannah-Arendt-Institut angesiedelten Forschungsprojekts zu inoffiziellen Mitarbeitern des MfS unter Ärzten auch auf der Analyse mündlicher und schriftlicher Befragungen von ehemaligen IM. In den Interviews fragte die Autorin nicht nur nach der IM-Tätigkeit an sich und damit beispielsweise nach Motiven oder den Anlass für eine Werbung, nach Dauer, Intensität und Charakter der Berichtstätigkeit, sondern auch nach Konsequenzen und Folgen für die Zeit nach 1989/90.

Auf einer öffentlichen Abendveranstaltung im Propsteisaal der Evangelischen Akademie Meißen referierte Manuel Frey, Mitarbeiter am Deutschen Hygiene-Museum Dresden, über Prävention und Propaganda im Rahmen der Gesundheitsaufklärung am Museum zwischen 1933 und 1989. Der Vortrag konzentrierte sich auf die im Vergleich zur Weimarer Republik gewandelten gesundheitspolitischen Positionen während des Nationalsozialismus. Sachliche Informationen und eine partizipative Didaktik seien damals durch autoritäre und sogar denunziatorische Formeln ersetzt worden. Insgesamt habe das Deutsche Hygiene-Museum auf die Anforderungen des NS-Staates inhaltlich und formal nach dem System des institutionalisierten Opportunismus reagiert. Dieses Muster habe sich während der DDR-Zeit unter gewandelten politischen Rahmenbedingungen fortgesetzt.

Während die an den ersten zwei Tagen gehaltenen Vorträge einer chronologischen Abfolge unterlagen, wurden am letzten Konferenztag erste Ergebnisse eines umfassenden Berliner Vergleichsprojekts vorgestellt. Auch die bereits er-

wähnte Untersuchung von Andreas Malycha ist in dieses Forschungsprojekt eingebunden, das gegenwärtig am Institut für Geschichte der Medizin der Charité betrieben wird. Die umfangreichen Analysen verfolgen das Ziel, das Wechselverhältnis zwischen politisch-ideologischen Vorgaben und universitärer Zielsetzung am Beispiel der Medizinischen Fakultät und der für sie zuständigen Verwaltung aufzuzeigen sowie Reaktionen, Eigeninteressen und Selbstindienstnahme zu beschreiben. In dem damit verbundenen Vergleich zwischen den Phasen um 1933 und nach 1945 sollen nicht die unterschiedlichen politischen Interaktionen in den Vordergrund gestellt, sondern die Analogien und Differenzen im Umgang der Fakultät mit dieser Einflussnahme herausgearbeitet werden. Der Einfluss politischer Sympathien, historischer Erfahrung und aktueller Problemlagen wäre dabei ebenso zu eruieren wie die Beharrungskraft akademischer Strukturen und Verhaltensweisen. In diesem Kontext erläuterte Projektleiter Udo Schagen im ersten Vortrag auf vergleichende Weise Leitbilder ärztlichen Handelns während des Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR.

Sabine Schleiermacher, ebenfalls Leiterin des o. g. Projekts, stellte im zweiten Vortrag erste Forschungsergebnisse des Vergleichs hochschulpolitischer Entwicklung im Nationalsozialismus und in der Sowjetischen Besatzungszone vor. Sie untersucht vor allem die jeweils 1933 und 1945 bestehenden wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat, Parteien und medizinischer Fakultät unter Berücksichtigung der Frage nach den inneren Faktoren für „Gleichschaltung“ und „Selbsteinpassung“, für Gleichgültigkeit oder kontinuierliche Selbstbehauptung. Dies eröffnet die Möglichkeit, Gleichartigkeit bzw. Unterschiedlichkeit hinsichtlich der Eingriffsweise und -tiefe sowie der Intentionen des Staates, der Handlungsspielräume der Hochschulangehörigen, der Interdependenzen zwischen Wissenschaft/Hochschule einerseits und der Politik andererseits sowie der Persistenz der mit der Hochschule verbundenen Institutionen und Interessen der Akteure in den Bereichen Politik und Hochschule zu fragen.

Anhand von Beispielen verdeutlichte sie, dass es sich bei diesen nicht um die „Indienstnahme“ oder „Unterordnung“ einzelner Wissenschaftler und Fakultätsmitglieder unter ein politisches System handele. Sichtbar sei dagegen, dass die Beibehaltung der Autonomie des wissenschaftlichen Arbeitens einem Aushandlungsprozess unterlegen habe. Wissenschaftler haben sich ihren Ergebnissen zufolge willens gezeigt und seien auch in der Lage gewesen, sich und ihre Arbeit auf die verschiedensten politischen Systeme einzustellen und die damit verbundenen Ressourcen zu nutzen. Dabei hätten die Mediziner darauf geachtet, dass ihre Autonomie und wissenschaftliche Reputation gewährleistet schien. Im Gegensatz zum NS-System habe nach Frau Schleiermachers Meinung medizinisches Expertenwissen in der SBZ/DDR als ideologisch neutral gegolten und sei lediglich da, wo eine ideologische Ausrichtung vermutet wurde, entfernt worden. Außerdem hätten sich die etablierten Wissenschaftler in der SBZ/DDR nicht wie die Nationalsozialismus um eine Einbindung ihrer Wissenschaft in das politische Kalkül des Staates bemüht.

Während des Workshops und vor allem in der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Forschungsergebnisse zum ärztlichen Handeln in der SBZ/DDR noch äußerst rar sind. Der für das Ende der Veranstaltung avisierte Vergleich war abgesehen vom Teilvergleich des Projekts an der Charité genauso wenig möglich wie eine eingehende Darstellung von Kontinuitäten und Brüchen im ärztlichen Handeln über 1945 hinaus. Da es noch lange dauern könnte, bis Untersuchungsergebnisse zu allen Zeiträumen, vor allem für die SBZ und die DDR, vorliegen, schlug der Berliner Medizinhistoriker Udo Schagen vor, langfristig eine Folgeveranstaltung zur Thematik „Ärztliches Handeln im Nationalsozialismus – Wirkungsgeschichte und Forschungsfragen“ vorzubereiten. Auf dieser Tagung könnte nicht nur die Formulierung zukünftiger forschungsleitender Fragen erfolgen, sondern auch die notwendige Differenzierung nach einzelnen Phasen in der SBZ/DDR-Entwicklung vorgenommen werden.

Dr. Francesca Weil, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.